



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 15/2012 Kiel, 15. März 2012

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Glücksspielgesetz

Schleswig-Holsteins Weg ist richtig

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erläutert der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, in der Debatte zu TOP 11.4 - „Kein Las Vegas in Kiel“ – den Alternativantrag der Fraktionen von FDP und CDU:

„Die FDP-Ratsfraktion unterstützt den OB bei der Gewinnung von Sponsoren zur Finanzierung der Kieler Woche – auch aus dem Umfeld der Glücksspielanbieter. Wir wollen den OB beauftragen, dass ein Konzept zur Ansiedlung dieser Unternehmen erstellt wird. Nach wie vor weist unsere Stadt Spitzenwerte in der Arbeitslosigkeit auf – neue Arbeitsplätze in unserer Stadt sind also dringend erforderlich.

Die Linken wollen genau dies verhindern – mit fadenscheinigen Argumenten. Hohes Suchtpotential, Geldwäsche, organisierte Kriminalität sind die Stichworte. Wer so argumentiert verkennt, dass nicht die Regulierung die negativen Auswirkungen schafft, sondern dies die Folgen sind, die aufgrund eines bestehenden, illegalen Marktes schon längst existieren. Darin sind sich auch alle Bundesländer einig und haben einen entsprechenden Staatsvertrag unterzeichnet. Der wesentliche Unterschied besteht doch darin, dass Schleswig-Holstein sich nicht auf eine begrenzte Anzahl von Lizenzen eingelassen hat und sagt, wer die strengen Auflagen dieses Gesetzes erfüllt, kann hier als Anbieter von online Glücksspielen arbeiten. Es ist doch absurd zu meinen, durch eine Beschränkung auf eine willkürliche Zahl von 20 Lizenzen könne man diese Probleme umgehen. Der Staatsvertrag sieht ja kein Verbot vor, sondern begrenzt die Anzahl der Lizenzen – also 20 Lizenzen sind gut, die 21. Lizenz ist des Teufels. Was ist das für eine Logik?

Wir halten den Weg Schleswig-Holsteins in dieser Frage für richtig: Das Land stellt harte Kriterien, was die Abwicklung des Glücksspiels und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs angeht. Mit diesem Gesetz werden Kriminalität und

Geldwäsche verhindert – gegenwärtig findet dies illegal auf den Cayman Inseln statt.

Der Wettbewerb der Kommunen um diese Unternehmen und die Arbeitsplätze hat schon längst begonnen – Glückstadt ist hierfür nur ein Beispiel. Auch der Wettbewerb um das Sponsoring ist im Gange – Lübecks Sportvereine sind da sehr aktiv!

Wir begrüßen und unterstützen deshalb ausdrücklich die Aktivitäten des Oberbürgermeisters. Dass er als Spitzenkandidat der SPD dieses Gesetz ablehnt, aber gleichzeitig Sponsorenverträge eingeht – diese Schizophrenie muss er schon selbst erklären – ich verstehe es jedenfalls nicht.“

V. i. S. d. P.

Anlage

Alternativantrag

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer